



Beschluss Bündnis 90/Die Grünen im Abgeordnetenhaus von Berlin

25. August 2009

Berliner S-Bahn: zuverlässig, sicher und preiswert

- 1. Wir als Bündnis 90/Die Grünen setzen uns für einen zuverlässigen, leistungsfähigen und preiswerten S-Bahnverkehr in Berlin ein. Die geplante Bahnprivatisierung der Deutschen Bahn und die Direktvergabe des S-Bahnverkehrs an die Berliner S-Bahn machen den S-Bahnverkehr unzuverlässig, unsicher und teuer**, da sich das Unternehmen von einem kunden- zu einem börsengangorientierten Unternehmen entwickelt hat, dem die Gewinne wichtiger sind als die Sicherheit und Qualität der Personenbeförderung.
- 2. Wir plädieren für eine Vertragskündigung des bestehenden S-Bahnvertrages, bzw. für dessen Nachverhandlung**, um wirksame Strafmöglichkeiten für das Land Berlin und um klar definierte Qualitätsmerkmale der zu erbringenden S-Bahnleistung und Qualität festzulegen. Wir kritisieren scharf, dass der Senat die Chance zur außerordentlichen Vertragskündigung nach dem Zusammenbruch des S-Bahn-Verkehrs im Juli 2009 nicht genutzt hat, sondern nach wie vor in einer Bittstellerrolle gegenüber der S-Bahngesellschaft verharrt.
- 3. Wir fordern zum schnellstmöglichen Zeitpunkt die öffentliche Ausschreibung der S-Bahn-Leistungen für die nächste Vertragsperiode ab 2017.** Die Ausschreibung des S-Bahnverkehrs soll unverzüglich vorbereitet werden. Dabei soll der S-Bahnverkehr in Teillosen ausgeschrieben werden. Die Ausschreibungen sollen zeitlich versetzt erfolgen. Es ist sicherzustellen, dass für Wettbewerber Werkstattkapazitäten im direkten Einzugsbereich der ausgeschrieben S-Bahntrassen zur Verfügung gestellt werden und dass Tarifstandards und Bestandssicherung bei Betreiberwechsel garantiert werden.
- 4. Wir werden ein Beihilfeverfahren bei der Europäischen Union anstrengen**, um prüfen zu lassen, inwieweit die derzeitige Vergabe- und Zuwendungspraxis an die S-Bahn GmbH den Tatbestand einer europarechtswidrigen Beihilfe darstellt. Denn nach EU-Recht dürfen die staatlichen Zuwendungen an ein Verkehrsunternehmen nur dessen Aufwendungen kompensieren. Gewinnerwartungen wie bei der S-Bahn Berlin, die im kommenden Jahr bei 232 Millionen Euro Zuwendung 125 Millionen Euro Gewinne erwirtschaften sollte, stellen eine Überkompensation dar.
- 5. Wir fordern den Berliner Senat auf**, vor dem Hintergrund der aktuellen Erfahrungen mit der Berliner S-Bahn **eine Bundesratsinitiative gegen die geplante Privatisierung der Deutschen Bahn und ihrer Tochterunternehmen zu initiieren** und sich für eine echte Trennung von Netz und Betrieb einzusetzen, damit ein diskriminierungsfreier Zugang zu den Schienenwegen garantiert ist.